

8. Mai – Tag der Befreiung

Interview mit Ulrich Wilken
zum 70. Jahrestag der Befreiung
Deutschlands vom Nazi-Regime
> Seite 2



www.linksfraktion-hessen.de | Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag |



Schwarz-Grün in Hessen: Regieren um jeden Preis

Skandale, Pleiten, Unvermögen: Wie Flughafenausbau, NSU-Mord, Biblis-Desaster und Werraversalzung die Regierung überfordern

Was wurde nicht alles geraunt und prophezeit, als im Januar 2014 CDU und Grüne im Landtag ihre Regierungszusammenarbeit bekannt gaben: Versuchslabor, eine Perspektive für die Bundestagswahl 2017, der Sieg der Realpolitik und und und. Jetzt, nach gut 16 Monaten ist die Bilanz der ersten schwarzgrünen Regierungskoalition in einem Flächenland ernüchternd. Es ist Alltag eingeleitet. Und mit diesem werden die Schwachpunkte des

politischen Zweckbündnisses überdeutlich: Konfliktpunkte werden ausgeklammert, man einigt sich mit schalen Kompromissen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Die hessischen Grünen haben sich als Eckpfeiler einer neuen bürgerlichen Mehrheit etabliert und haben sich von den Ideen einer sozial gerechteren Politik, die nicht weiterhin die Armen ärmer und die Reichen reicher macht, verabschiedet. Mit Volker Bouffier halfen sie einem Ministerpräsidenten an

die Macht, der seit Langem eine wichtige Rolle in der Hessen-CDU spielt – einem Landesverband, der traditionell weit rechts steht sowie für zahlreiche Skandale, schwarze Kassen und für ausländerfeindliche Wahlkämpfe verantwortlich ist.

Politisches Desaster

Die schwarzgrüne Koalition ist zum Erfolg verdammt, ein Scheitern wäre für beide Parteien ein politisches Desas-

ter. Das ist der Grund, warum die Koalition keine Gelegenheit auslässt, öffentlichkeitswirksam Einigkeit und die gute Zusammenarbeit zu betonen. Das wird dann zu einem massiven Glaubwürdigkeitsproblem, wenn man – wie die Grünen beim Thema Flughafen Frankfurt (siehe unten) – fundamentale Wahlversprechen bricht. Der Schulterschluss mit dem CDU-Koalitionspartner im Fall der beiden Untersuchungsausschüsse zu möglichen Fehlern der Ermittlungsbehörden beim

Mord an Halit Yozgat durch den so genannten NSU (Seite 3) und zu der stümperhaften Abschaltung des AKW Biblis (Seite 4) grenzt an Selbstverleugung und bremst notwendige Aufklärungsprozesse.

Selbst in ihrem zentralen Identitätskern, werden die Grünen sich selbst untreu. Eine grüne Umweltpolitik haben sich die Werra-Anrainer sicher anders vorgestellt. Bis 2060 sollen sie nun warten, bis die Werra wieder annähernd Süßwasserqualität hat (Seite 2).

Es wird noch lauter werden

Flughafen Frankfurt setzt weiter auf Expansion / Neues Terminal 3 wird gebaut

Schon jetzt ist die Lärmbelastung der Anwohner rund um den Frankfurter Flughafen unerträglich. Aber es wird noch lauter werden. Mehr Passagiere, mehr Flüge und ein Festhalten am Wachstumswahn, das sind die erklärten Ziele des Flughafenbetreibers Fraport AG. Daran ändern die beschönigenden Erklärungen der Landesregierung nichts. Die sanfte Aufforderung des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr, Tarek al Wazir (Grüne), den Bau des dritten Terminals zu verschieben, hat die Fraport AG nicht von ihrem Kurs abgebracht.

Verlagerung auf die Bahn

Was wir brauchen ist ein Konzept, das den Flughafen sozial und ökologisch verträglicher macht. Nur eine Abkehr

von dem Wachstumswahn und eine Beschränkung der Flugbewegungen auf 380.000 im Jahr lässt es für die Menschen leiser werden. Das geht, ohne die Region von der Welt abzukoppeln. 30 Prozent aller Flüge am Frankfurter Flughafen liegen im Entfernungsbereich unter

500 Kilometern. Eine Verlagerung dieser Kurzstreckenflüge auf die Bahn ist möglich. Ein deutsches, besser noch ein europäisches Verbundsystem aus Flughäfen und Bahn würde die Lasten besser verteilen, und acht Stunden Nachtruhe wären möglich.



Woche für Woche demonstrieren Anwohnerinnen und Anwohner gegen die unerträgliche Lärmbelastung durch den Frankfurter Flughafen. Bild: Treber

Gesellschaft gemeinsam gestalten!

Migrationspolitische Tagung

Podiumsdiskussion: „Migration und Integration in Hessen: Wo stehen wir?“

Arbeitsgruppen zu
„Alternativen der Migrationspolitik“
Gastrednerin: Renan Demirkan

9. Mai 2015
im Hessischen Landtag

Infos und Anmeldung:
www.linksfraktion-hessen.de
Telefon: 0611/350 60 90

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

K+S darf weiter Salzlauge in den Boden pumpen

Geschenke an Großkonzern – auf Kosten der Allgemeinheit / Bereits jetzt Grundwasser geschädigt und Trinkwasser in Gefahr

Seit Jahrzehnten verdrückt der Düngemittelhersteller K+S mit seinen Salzabwässern die Region rund um Werra und Weser. Die abgewählte Landesregierung aus CDU und FDP deckte die

gesetzeswidrige Entsorgung und verhalf dem Konzern so zu Extraprofiten.

Hoffnungen auf einen Politikwechsel nach der Landtagswahl mussten die Anwohner schnell begraben. Auch die

neue grüne Umweltministerin Priska Hinz sperrt sich gegen eine umweltverträglichere Entsorgung der Kaliabwässer. Für Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, ein folgenschwerer

Fehler: „Die neue Landesregierung gefährdet nicht nur das Trinkwasser, sie missachtet Gesetze und setzt auch die Arbeitsplätze in der Kaliregion aufs Spiel. Wer diese Arbeitsplätze langfristig sichern will, muss jetzt für die Einhaltung der Umweltgesetze sorgen.“

Kein „Weiter so“

Die Kalireserven seien in absehbarer Zeit erschöpft. Je länger das Unternehmen preiswert auf Kosten der Umwelt produzieren dürfe, umso weniger lohnten sich größere Investitionen. Ein „Weiter so“ sichere deswegen nicht die Arbeitsplätze bei K+S, sondern gefährde sie.

Um einen Konflikt mit K+S und dem Koalitionspartner

CDU zu vermeiden, ignoriere Ministerin Hinz die Empfehlungen ihrer eigenen Experten. Schott: „Die Hessische Landesanstalt für Umwelt und Geologie hat festgestellt, dass in der Kaliregion das Grundwasser bereits jetzt geschädigt ist. Trotzdem geht die die so genannte „Versenkung“ der Kaliabwässer in Hessen weiter.“

Die Hessische Umweltministerin mache sich damit zur Erfüllungsgehilfin eines Großkonzerns – auf Kosten der Allgemeinheit. Politik für die Menschen geht anders.

Marjana Schott,
umweltpolitische
Sprecherin Fraktion
DIE LINKE.
im Landtag



K+S entsorgt ihr giftiges Abwasser nicht nur in den Boden, sondern auch direkt in die Werra.



Bild: BUND Thüringen

Soziale Berufe verdienen mehr!

Wertschätzung für Beschäftigte / DIE LINKE unterstützt ver.di-Kampagne

Den Erzieher_innen und Sozialpädagog_innen ist es ernst. Es wird nach fast 25 Jahren dringend Zeit, dass die Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst finanziell aufgewertet werden. Ein neuer Tarifabschluss soll den bundesweit 750.000 Erziehern_innen, den Sozialpädagogen_innen, den Mitarbeiter_innen in der Behindertenhilfe

endlich den Wert zugestehen, der der großen Bedeutung ihrer Arbeit entspricht.

Sie arbeiten in Kitas und in der offenen Jugendarbeit, in Beratungsstellen, Kinderheimen, Jugendämtern und Einrichtungen der Behindertenhilfe, in der Schulsozialarbeit und in Krankenhäusern. Seit Jahren sind Anforderungen und Er-

wartungen an diese Fachkräfte rasant gestiegen. Nicht mitgezogen ist ihr Gehalt. Erzieher_innen bekommen als Berufsanfänger 1.900 Euro brutto. Wegen horrender Mietpreise im Rhein-Main-Gebiet und häufiger Teilzeitarbeit müssen viele Frauen „aufstocken“ oder zusätzliche Nebenjobs annehmen. Als Konsequenz droht Altersarmut. DIE LINKE fordert, dass sich die kommunalen Arbeitgeber endlich bewegen und die sozialen Berufe besser entlohnen. Das Land Hessen und der Bund müssen die Kommunen dafür besser ausstatten. DIE LINKE unterstützt die Forderungen und Aktionen der Gewerkschaften und der Mitarbeiter_innen.

www.soziale-berufe-aufwerten.de

Hessens Kommunen am Tropf

Infrastruktur verkommt, Regierung will schwarze Null

Die Lage in vielen hessischen Kommunen hat sich in den letzten Jahren dramatisch zuspitzt. Vielerorts stehen Städte, Gemeinden und Landkreise vor dem finanziellen Kollaps, die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger sind dramatisch: Schwimmbäder und Musikschulen schließen, die Zuschüsse für Volkshochschulen werden radikal zusammengestrichen, um nur einige Beispiele zu nennen. Bundes- und Landespolitik versuchen die Schuld für dieses Fiasko auf die Kommunen abzuwälzen. Doch die lassen sich das nicht länger gefallen. Aufgrund der erfolgreichen Klage der Stadt Alsfeld vor dem Staatsgerichtshof muss der Kommunale Finanzausgleich (KFA), also die Verteilung der Steuereinnahmen

zwischen dem Land Hessen und seinen Kommunen in Hessen ab 2016 neu geregelt werden. In ihrem bisherigen Entwurf für diese Reform setzen CDU und Grüne den kommunalfeindlichen Kurs der schwarz-gelben Vorgängerregierung fort. Sie verfolgen vor allem das Ziel, den Kommunen auch zukünftig nicht mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Die „schwarze Null“ im Landeshaushalt ist Ihnen wichtiger und lässt sich besser als Erfolg verkaufen. Dabei ist durchaus genügend Geld vorhanden. Allerdings müsste Schwarz-grün sich endlich dafür einsetzen, dass mehr Geld zur Verfügung steht, etwa indem die Erbschaftsteuer neu gestaltet wird oder durch die Wiedereinführung einer Vermögensteuer.

☐ Ich möchte weitere Informationen.

☐ Bitte informieren Sie mich über Veranstaltungen in meiner Nähe.

☐ Ich möchte den Newsletter abonnieren.

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611/350 60 90,
Fax: 0611/350 60 91
die-linke@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de



Konferenz: Tiere sind keine Ware

Massentierhaltung, Tierversuche und Tierschutz vor Ort – 150 Aktivistinnen aus dem Bundesgebiet diskutierten im Februar auf Einladung der Linksfraktionen aus Bund und Land über Chancen einer ethischen Tierschutzpolitik. Die Resonanz war durchweg positiv, DIE LINKE hat das Thema weiter auf der Agenda.

Bild: peta, eigene (2)

8. Mai – der Tag der Befreiung

Vor 70 Jahren, am 8. Mai 1945, kapitulierte die deutsche Wehrmacht vor den Alliierten und der 2. Weltkrieg war beendet. Herr Wilken, was war das für ein Tag?

Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. So hat es Richard von Weizsäcker richtig formuliert. Dies passt heute leider noch immer nicht jedem. Es waren die Angehörigen der Streitkräfte der Alliierten, vor allem die Angehörigen der sowjetischen Armee,

die die Hauptlast des Krieges trugen, und diese Bedrohung militärisch zerschlugen.

Waren auch Deutsche an der Befreiung beteiligt?

Die faschistischen Weltherrschaftspläne wurden durch das gemeinsame Handeln der Antihitlerkoalition gestoppt. Ein Teil davon waren auch deutsche Antifaschist_innen, die illegal in Deutschland, in den Reihen der Partisanen oder gemeinsam mit den alliierten Streitkräften kämpften.

Wie ist die Situation heute?

Fremdenhass und die Unterdrückung sind in vielen Teilen der Welt nicht beseitigt, auch in Deutschland nicht. Das zeigen unter anderem Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte oder die Aufmärsche von Pegida. Wir alle müssen deshalb Menschenrechte und Freiheit verteidigen und weiter unermüdlich gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus kämpfen.



Ulrich Wilken,
rechtspolitischer
Sprecher DIE
LINKE. im
Hessischen
Landtag

Was wusste der Verfassungsschutz vom NSU?

LINKE und SPD setzen Landtags-Untersuchungsausschuss durch / Bouffier blockierte Ermittlungen

Jahrelang konnte in Deutschland die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund – NSU“ unbehelligt morden, Banken überfallen und Bombenanschläge verüben. Obwohl die Nazi-Szene und auch das Umfeld des NSU von V-Leuten des Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ umgeben waren, soll es keinen Hinweis auf die „Abgetauchten“ gegeben haben. Das Schreddern von Akten und die Tatsache, dass in Kassel sogar ein Mitarbeiter des Geheimdienstes zur Tatzeit am Tatort war, hat zu einer großen Vertrauenskrise gegenüber den Sicherheitsbehörden geführt.

Mehrfach wurden im Münchener NSU-Prozess von Mitarbeitern hessischer Polizeibehörden massive Vorwürfe gegen den hessischen



Neun Jahre nach der Ermordung von Halit Yozgat warten die Angehörigen immer noch auf Antworten.

Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz erhoben. Sie richten sich vor allem gegen Andreas Temme, den Geheimdienstmitarbeiter mit Spitznamen „Klein Adolf“. Er

war unmittelbar beim Mord an Halit Yozgat in Kassel am Tatort und führte V-Leute der Szene. Er sprach vor und nach dem Mord mit einem Nazi-V-Mann und hat Ermittler of-

fenkundig immer wieder belogen. Polizisten sagen bis heute: Die NSU-Ermittlungen wurden durch den Geheimdienst und den damaligen Innenminister Bouffier blockiert.

Mitte Mai 2014 wurde mit den Stimmen von SPD und Linken im Landtag ein NSU-Untersuchungsausschuss eingerichtet. CDU, Grüne und FDP enthielten sich der Stimme. Die Arbeit im Ausschuss ist zäh, auch wegen der Blockadehaltung dieser drei Fraktionen. Vieles liegt weiterhin im Dunkeln. DIE LINKE wird auch hier nicht lockerlassen.

Hermann Schaus, Parl. Geschäftsführer Fraktion DIE LINKE im Landtag



Bouffier muss endlich auspacken

Von Hermann Schaus

Der NSU-Komplex ist tragisch und vielschichtig. Obwohl einige Jahre seit dem Auffliegen der Nazizelle vergangen sind, gibt es weiterhin viele offene Fragen. Das liegt daran, dass zahlreiche Mit-Verantwortliche die Aufarbeitung torpedieren. Das Land Hessen ist dafür ein dramatisches Beispiel: Der NSU-Bericht des Bundestages macht Volker Bouffier und dem hessischen Geheimdienst massive Vorwürfe. Sie hätten die Ermittlungen beim NSU-Mord in Kassel behindert! Im NSU-Ausschuss des Landtags bekannt gewordene Absprachen von Geheimdienstlern und Bouffier lassen einem die Haare zu Berge stehen! Doch Konsequenzen gibt es bis heute nicht. Die Opfer haben Gerechtigkeit und die Öffentlichkeit hat Wahrheit verdient. Nur so kann man für die Zukunft Konsequenzen ziehen. Deswegen muss die Aufklärung intensiv weitergehen.

Grundschulbetreuung: Bloß eine Mogelpackung

„Pakt für den Nachmittag“ ersetzt nicht den Ausbau von Ganztagschulen

Der von der schwarz-grünen Landesregierung initiierte „Pakt für den Nachmittag“ ist nichts weiter als ein kläglich Versuch, vom eigenen Versagen beim dringend notwendigen Ganztagschulsausbau in Hessen abzulenken. Von beinahe 1100 hessischen Grundschulen seien lediglich 5 (!) echte Ganztagschulen, die zuverlässig an fünf Tagen in der Woche rhythmisierten Unterricht gepaart mit sportlichen, musischen und künstlerischen Angeboten bis in den Nachmittag hinein anbieten.

„Doch statt hier anzusetzen

und sich der Verantwortung zu stellen, stiehlt sich die jetzige schwarz-grüne Landesregierung aus ihrer Verantwortung“, sagt Barbara Cárdenas, schulpolitische Sprecherin der LINKE-Landtagsfraktion. Nicht nur, dass der Pakt für den Nachmittag vor allem die Kommunen – und somit die Eltern – finanziell belasten würde, er habe mit pädagogischer Ganztagschulgestaltung nichts zu tun, so Cárdenas weiter. Ganz im Gegenteil: Pädagogische Konzepte der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Schulen

liegen noch gar nicht vor, diese sollen erst in den sechs Modellregionen entwickelt werden, in denen der Pakt erprobt werden soll. Dass es schon in diesen sechs Modellregionen, die sich selbst für das Projekt beworben haben, größte Schwierigkeiten gibt, die Schulen für eine Beteiligung zu begeistern, wird von der Landesregierung schlichtweg ignoriert.

Cárdenas: „Nur echte Ganztagschulen lösen die Betreuungsproblematik von Familien mit Grundschulkindern und tragen auch dazu bei, soziale und

Von beinahe 1.100 hessischen Grundschulen sind lediglich fünf echte Ganztagschulen.



Bild: Woodapple / Fotolia

Barbara Cárdenas, schulpolitische Sprecherin DIE LINKE im Hessischen Landtag



monetäre Nachteile von Schülerinnen und Schülern auszugleichen.“

Energiewende in Bürgerhand: regional und demokratisch

Wissler: Keiner braucht mehr Energie-Dinosaurier mit Mega-Stromtrassen und Konzepten von vorgestern / Bevölkerung stärker beteiligen

Nach Fukushima schien man sich in Deutschland einig zu sein: Die Energiewende muss Wirklichkeit werden. Doch seitdem geht es schleppend voran und gerade die Große Koalition in Berlin behindert sie. Das erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Gesetz wird ausgebremst, weil es angeblich zu teuer sei. Dabei wurden gerade die Atomkonzerne, zu denen die Politik engsten Kontakt hielt, in den letzten Jahrzehnten mit Milliarden Steuergeldern subventioniert. Und die Kohlekraftwerke qualmen weiter auf Hochtouren. Die Geschäfte der heutigen Energieriesen zu stören, das will die Bundesregierung offenbar nicht.

Janine Wissler, energiepolitische Sprecherin der LINKE-Landtagsfraktion, will einen grundlegenden Umbau der Energiewirtschaft: „Für den Umstieg auf erneuerbare

Energien ist der Atomausstieg nur die halbe Miete. Die vier großen Atomkonzerne haben den Umschwung lange blockiert. Sie wollen immer noch an ihren Atom- und Kohle-

reaktoren festhalten, die ihnen auf Kosten ihrer Kunden jahrzehntelang Milliarden Gewinne bescherten. Wir schaffen die Energiewende nur, wenn wir den Stromsektor demokratisieren und die Macht der großen Vier brechen.“

Dies bedeute, dass in Hessen Energieerzeugung und Netzbetrieb wieder stärker in kommunale Hand überführt werden müssten. Kommunale Stadtwerke, Bürgerwindparks und Energiegenossenschaften müssten gestärkt und ausgebaut werden. Die Menschen sollen ermuntert werden, sich in Energiegenossenschaften zusammen zu schließen. Dezentrale Bürgerkraftwerke seien ein wichtiges Stand-

bein der künftigen Energieversorgung, erläutert Wissler.

Gewinne bleiben vor Ort

„Die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir die Menschen vor Ort mitnehmen und daran beteiligen. Sie sollen entscheiden, wie sie ihren Strom produzieren, zum Beispiel mit Windrädern. Und auch der Gewinn soll vor Ort bleiben statt an Aktionäre von Energiekonzernen zu fließen. Eine regional ausgerichtete Energieversorgung mit demokratischen Strukturen muss unser Ziel sein. Keiner braucht die Energie-Dinosaurier mit Mega-Stromtrassen und Konzepten von vorgestern.“



Umfragen belegen: Die Mehrheit der Bevölkerung hält die Energiewende weiterhin für richtig und wichtig.

Wer zahlt für Biblis-Stillegung?

RWE will 235 Millionen vom Bund oder Land

Der verheerende Reaktor-Unfall im japanischen Fukushima 2011 hatte dramatische Folgen für die Menschen vor Ort. Auch in Deutschland sorgten die Explosion der Reaktorblöcke und die atomare Verseuchung ganzer Landstriche für politische Schockwellen. Gerade hatte die damalige Bundesregierung aus CDU und FDP den „Ausstieg aus dem Atom-Ausstieg“ durchgesetzt und die Restlaufzeiten der deutschen AKW erheblich verlängert.

Unglaubliche Kumpanei

Dieses Geschenk an die Atomkonzernewurde rechtlich dilettantisch zurückgenommen. Mit den Folgen der damaligen Ereignisse beschäftigt sich heute ein Untersuchungsausschuss im Hessischen Landtag – und offenbart einen unglaublichen Fall von Kumpanei zwischen Ministerpräsident Bouffier und RWE-Vorstand Großmann zu Lasten der Steuerzahler.

Konkret sicherte der Hessische Ministerpräsident Bouffier dem RWE-Vorstandsvorsitzenden Großmann in einem Brief zu, dass das Land verhindern werde, dass das AKW Biblis nach dem von der Bundesregierung beschlossenen „Atom-Moratorium“ wieder ans Netz geht. Dieses Schreiben, das Großmann zuvor von Bouffier erbeten hatte, ist nun eine Grundlage für Schadensersatzforderungen von RWE in dreistelliger Millionenhöhe. Doch der Untersuchungsausschuss forderte noch mehr zu Tage. Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) ignorierte bei der Abschaltverfügung an RWE offenbar bewusst erhebliche rechtliche Bedenken der eigenen Fachleute. Der Energiekonzern klagte gegen den Bescheid der Landesregierung und bekam Recht. Mit dem Urteil in der Tasche hofft RWE nun auf Schadensersatz in dreistelliger Millionenhöhe. Bund und Land streiten sich heute, wer schuld daran ist.

DIE LINKE hat sich schon früh für die Stilllegung auch des AKW Biblis eingesetzt. Durch den Dilettantismus der CDU-Regierungen in Bund und Land müssen die Steuerzahler den ehemaligen Betreiber RWE auch noch Schadenersatz zahlen.



Bild: John / fotolia

So oder so: Am Ende wird der Steuerzahler die Zeche zahlen müssen.

Gefährliche Nähe

In zahlreichen Vernehmungen unter anderem des damaligen Kanzleramtsministers Pofalla und von Bundesumweltminister Norbert Röttgen wurde überdeutlich: Es bestand eine gefährliche Nähe zwischen CDU-Politikern und der Atomwirtschaft. DIE LIN-

KE sagt: ob Absicht oder Unfähigkeit – Wenn die Steuerzahler den Atomkonzernen auch noch das Abschalten ihrer ehemaligen Gelddruckmaschinen versilbern müssen, dann muss das Konsequenzen für die Verantwortlichen haben.

Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, im Hessischen Landtag



IMPRESSUM:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel. 0611 / 350 60 90, Fax 0611 / 350 60 91
die-linke@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de

Redaktion: B. Schmid, J. Cezanne
Gestaltung: J. Güttler
Druck: Mediaservice



Das Spardiktat von EU, Währungsfonds und Europäischer Zentralbank ist ökonomisch falsch und menschenverachtend. Darauf haben am Tag der EZB-Eröffnung in Frankfurt 20.000 Menschen aufmerksam gemacht. In einem eindrucksvollen Protestzug solidarisierten sie sich mit den Menschen in Südeuropa, die mit Armut und Verelendung den bitteren Preis dafür bezahlen müssen. Protest ja, Gewalt nein! Die gewalttätigen Auseinandersetzungen am frühen Morgen des 18. März haben dem politischen Anliegen jedoch geschadet und sind völlig inakzeptabel.

Geheimverhandlungen stoppen

TTIP und Ceta: Keine Geschenke für Großkonzerne auf Kosten der Menschen

Seit 2012 verhandeln die EU mit den USA und Kanada im Geheimen über die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Offizielles Ziel: Die „Harmonisierung von Standards“ und der „Abbau von Handelshemmnissen“. Konkret bedeutet das nichts anderes als die gesetzlichen Vorschriften in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen auf das jeweils niedrigste Niveau zu senken. Je mehr über die Geheimver-

handlungen bekannt wurde, umso stärker wurde der Widerstand. Als im Sommer 2014 eine europäische Bürgerinitiative TTIP stoppen wollte, wurde ihnen aus fadenscheinigen Gründen die Zulassung verweigert. Doch 370 Organisationen aus ganz Europa gaben nicht auf und starteten eine selbst organisierte europäische Bürgerinitiative. Mittlerweile haben rund 1,7 Millionen Menschen unterschrieben. Mit

jeder Stimme wächst der Druck auf die EU-Kommission, die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und nicht die der Konzerne.
www.ttip-unfairhandelbar.de

Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, im Hessischen Landtag



Verkaufte Gesundheit

TiSA: Medizintourismus soll ausgebaut werden

Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA haben einen bislang weniger beachteten Bruder: TiSA (Trade in Services Agreement). Ziel des Regelwerks, über das zurzeit neben den drei Initiatoren EU, USA und Australien weitere 20 Staaten verhandeln, ist es, Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen, bei der Energieversorgung und in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge zu privatisieren. Ein besonderes Auge haben große Konzerne auf das Gesundheitssystem geworfen. Bislang hatte die Bundesregierung stets behauptet, dieses sei von Verhandlungen ausgeschlossen.

Doch bevor der vermeintlich lukrativste Dienstleistungsbereich für ausländische Investoren interessant ist, muss er in ein marktorientiertes System umgewandelt, sprich privatisiert werden. Geplant ist, den Medizintourismus auszubauen. Für Zahnersatz oder künstliche Kniegelenke sollen Patienten künftig ins günstigere Ausland reisen – bezahlt von den Krankenkassen. Dies können sich aber nur Menschen mit hohem Einkommen leisten. Wenn viele Behandlungen ins Ausland verlagert werden, wird sich die

Qualität des inländischen Gesundheitssystems weiter verschlechtern.

In den Aufnahmeländern würden die geldbringenden ausländischen Patienten bevorzugt. Dies würde auch dort zu einer Zwei-Klassen-Medizin führen. Das Wohl der einzelnen Patientin, des Patienten muss im Vordergrund stehen, daher lehnt DIE LINKE die Kommerzialisierung des Gesundheitssystems ab.

Schon heute gibt es mehrere Tausend Freihandelsabkommen. Profitiert von diesen Abkommen haben nur die Konzerne.



Bild: Wodicka

Zur Hüft-OP ins Ausland? Nicht alle werden sich das leisten können.